

IRAK-KRIEG

„Befreiungsschlag für die PDS“

Verkehrsminister Manfred Stolpe, Vorsitzender des „Forums Ostdeutschland“ der SPD, warnt den Kanzler vor Wortbruch in der Irak-Politik.



SVEN KAESNER / AP

SPIEGEL: Das klare Nein zum Irak-Krieg gehörte zu den wesentlichen Gründen für Gerhard Schröders Wahlsieg im Osten. Welche Folgen hätte ein Umfallen des Kanzlers für die Menschen in den neuen Ländern?

Stolpe: Von einem Nein zum Krieg wird auch nicht abgewichen. Denn allen ist klar: Das wäre eine schlimme Enttäuschung für den Osten, schlimmer noch als der Anstieg von Arbeitslosenzahlen. Beim Arbeitsmarkt sieht jeder ein, dass eine Regierung nicht einfach Besserung anordnen kann. Aber bei einem möglichen Irak-Krieg erwarten die Menschen im Osten, dass die Regierung nicht nur Gefolgschaft leistet. Bei einer Zustimmung wäre der Scha-

den für die Glaubwürdigkeit der SPD und des Bundeskanzlers kaum zu ermessen.

SPIEGEL: Das Ziel der Ost-SPD, die selbst ernannte Friedenspartei PDS überflüssig zu machen, würde in die Ferne rücken?

Stolpe: Das wäre ein Befreiungsschlag für die PDS. Ich vermute, wir würden Dankeschreiben bekommen. Aber ich habe mich gerade erst versichert, wie treu der Kanzler zu seinem Versprechen gegenüber den Wählern in Ostdeutschland steht. Darum bin ich eigentlich sicher, dass die Regierung einem Krieg gegen den Irak im Uno-Sicherheitsrat nicht zustimmen wird.

SPIEGEL: Reicht eine Enthaltung aus?

Stolpe: Das muss man abwägen, wenn die Abstimmung tatsächlich ansteht und der Text der Entschließung vorliegt.

SPIEGEL: Reden Sie im Osten nicht nur jenen Leuten nach dem Munde, denen die ganze Westbindung zuwider ist?

Stolpe: Nein, Antiamerikanismus gab es nur als Propaganda. Dagegen war das Engagement für den Frieden in der DDR in allen Bevölkerungsschichten sehr ausgeprägt. Und im Übrigen: In der früheren DDR haben wir von Ferne immer den Eindruck gehabt, in den westlichen Bündnissen – EU und Nato – dürfe man seinen eigenen Kopf behalten. Wir im Warschauer Pakt und im RGW waren dagegen zu blindem Gehorsam verpflichtet.

ZAHNERSATZ

Geld zurück

Patienten, denen ohne ihr Wissen Zahnprothesen aus Billiglohnländern eingesetzt wurden, bekommen womöglich eine Rückzahlung. Nachdem dubiose Firmen aufflogen, die billigen Zahnersatz etwa aus Thailand oder China bundesweit zu deutschen Höchstpreisen

verkauft hatten (SPIEGEL 48/2002), wollen mehrere Krankenkassen wie die AOK und die Innungskrankenkassen ihren Mitgliedern zu viel gezahltes Geld erstatten. Wer sich

künftig bewusst für Billig-Prothesen entscheidet, soll entsprechend weniger zahlen müssen. Bisher hatten sich Vermittlerfirmen und Zahnärzte illegal die Profite geteilt. Derzeit ermittelt die Staatsanwaltschaft Wuppertal primär gegen Manager des Mülheimer Unternehmens Globudent, die weitgehend geständig sind. Demnächst sollen die Unterlagen an Staatsanwälte in ganz Deutschland weitergeleitet werden, die dann gegen die in die Geschäfte verwickelten Zahnärzte ermitteln. Laut Ermittlungsgruppe der AOK Niedersachsen könnten rund 50 Dentalfirmen Schmiergelder gezahlt haben, damit Ärzte Billigprothesen einsetzen, diese aber zu den üblichen deutschen Preisen abrechneten.



VOLKMAR SCHULZ / KEVSTONE

ABGEORDNETE

Unfreiwillige Schützenhilfe

In einer Stellungnahme für einen Prozess vor dem Verfassungsgericht plädiert der Anwalt von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der Speyerer Professor Siegfried Magiera, für einen weit reichenden Schutz der Abgeordneten vor Strafverfolgern. Am Dienstag verhandelt Karlsruhe über die Verfassungsklagen des SPD-Abgeordneten Frank Hofmann und von zwölf Fraktionskollegen. Sie sehen sich in ihren Rechten verletzt, weil Ermittler im Februar 2001 das Büro eines Hofmann-Mitarbeiters durchsuchten und Unterlagen beschlagnahmten. Der Helfer von Hofmann – er

selbst war seinerzeit Obmann des Parteispenden-Untersuchungsausschusses – soll der Presse geheime Akten zugespielt haben. Die Klagen richteten sich auch gegen Thierse, der die Aktion genehmigte, obgleich er die beschlagnahmten Unterlagen bis zur juristischen Klärung in Verwahrung nahm. Thierses Anwalt argumentiert nun, das grundgesetzlich abgesicherte Zeugnisverweigerungsrecht von Abgeordneten verbiete prinzipiell eine Beschlagnahme von Schriftstücken auch bei deren Mitarbeitern – und liefert so den Klägern Argumente. Die Fahnder hätten nicht zugreifen dürfen, so Magiera, „weil das Beschlagnahmeverbot nur wegfällt, wenn sich der Verdacht gegen den Abgeordneten selbst richtet“. Die Staatsanwälte ermitteln jedoch nicht gegen Hofmann, sondern nur gegen den Mitarbeiter wegen Geheimnisverrats.

Nachgefragt

Mehrheit will Rau

„Sind Sie für eine zweite Amtszeit des Bundespräsidenten Johannes Rau, oder wünschen Sie sich einen anderen Kandidaten oder eine Kandidatin?“

Für eine zweite
Amtszeit von
Johannes Rau

55

Für einen
anderen
Kandidaten

31

davon:
„Geschlecht egal“

45

„Für eine Frau“

40

„Für einen Mann“

13

NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 7. bis 9. Januar; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „egal“, „weiß nicht“ / keine Angabe